

Redefreiheit und "Debanking"

05.08.2023 | [Claudio Grass](#)

Die Bedrohung der Redefreiheit und die Bemühungen, abweichende Meinungen und Stimmen zu unterdrücken, haben in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Sie haben sich seit dem Aufstieg der sozialen Medien exponentiell verschärft, und als die politische Polarisierung im Westen unsere Gesellschaften wirklich erfasst hat, haben die Machthaber alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt, um die Interessen des Establishments gegen diejenigen zu "verteidigen", die versuchen könnten, seine Politik (oder noch schlimmer, seinen Zweck) öffentlich in Frage zu stellen.

Viele von uns, die die Einschränkung der individuellen Freiheiten aller Art verfolgen, sind sich dieser gefährlichen Entwicklung schon seit geraumer Zeit bewusst. Während der COVID-Krise wurde sie jedoch auch für viel mehr Menschen offensichtlich. Jeder, der sich weigerte, die Erlasse und "wissenschaftlich begründeten Regeln" des Staates (die sich, wie Sie sich erinnern, von Woche zu Woche änderten) vollständig zu übernehmen und zu befolgen, wurde bestenfalls als "Leugner" gebrandmarkt oder schlimmstenfalls in einigen Gerichtsbarkeiten sogar verhaftet.

Wir haben dramatische Beweise für diese extreme Reaktion u. a. in China, Australien und den USA gesehen. Ganz zu schweigen von zahllosen anderen Fällen, in denen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren oder ihnen der Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen verweigert wurde.

Neben diesen "eindeutigen" Szenarien der Bestrafung und Vergeltung gab es jedoch auch andere Fälle, die viel subtiler und indirekter waren. Die Geschichte des kanadischen "Freiheitskonvois" ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Banken selbst als Waffe im Krieg gegen Andersdenkende eingesetzt werden können. Die Bankkonten von Einzelpersonen, die den Anti-Lockdown-Konvoi mit Spenden unterstützt hatten, wurden ohne Vorwarnung oder ordentliches Verfahren eingefroren. Dies war (oder hätte zumindest sein sollen) ein ernsthafter Weckruf für alle freiheitsliebenden Bürger, unabhängig davon, ob sie zu diesem Zeitpunkt mit den Ansichten der Demonstranten einverstanden waren oder nicht.

Im Juli dieses Jahres sorgte der "Debanking"-Skandal von Nigel Farage für internationale Schlagzeilen. Die Geschichte, in die politische Blickwinkel, der Bankensektor und die Mainstream-Medien verwickelt waren, war sehr aufschlussreich und zeigte, wie weit die etablierten Kräfte zu gehen bereit sind, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die nicht ihrer Meinung sind. Bei der Bank, die im Mittelpunkt des Skandals steht, handelt es sich um die 330 Jahre alte Privatbank Coutts, die sich im Besitz der NatWest befindet, deren größter Aktionär wiederum die britische Regierung ist, nachdem sie im Jahr 2008 mit Steuergeldern gerettet wurde.

Herrn Farage wurde sein Coutts-Konto kurzerhand und ohne jede Erklärung geschlossen. Als er öffentlich darauf bestand, dass dies auf seine politischen Überzeugungen zurückzuführen sei, wies ihn die Bank gleichgültig ab, während die BBC Berichte veröffentlichte, die nahelegten, dass der Schritt nichts mit seiner Ideologie zu tun hatte. Laut dem Sender sei es vielmehr der Zustand seiner Finanzen gewesen. Farage brauchte nicht lange, um zurückzuschlagen: Er besorgte sich ein 40-seitiges Dossier von der Bank, das die interne Kommunikation offenlegte und zweifelsfrei bewies, dass seine Anschuldigungen berechtigt waren.

Aus den Dokumenten ging hervor, dass die Gründe für die Schließung der Konten seine Unterstützung für den Brexit und Donald Trump sowie seine "transphobischen" und "fremdenfeindlichen" Ansichten waren, neben vielen anderen Überzeugungen, die er geäußert hatte und die "nicht mit Coutts vereinbar" waren. Wie Farage selbst betonte: "Bei dieser Geschichte geht es nicht nur um mich. Sie könnten der Nächste sein ... wenn sich diese Situation nicht ändert, werden wir in Richtung eines Sozialkreditsystems nach chinesischem Vorbild schlafwandeln, in dem nur diejenigen mit den 'richtigen' Ansichten voll an der Gesellschaft teilhaben dürfen."

Die Geschichte traf in der Tat einen Nerv der Öffentlichkeit und entwickelte sich schnell zu einer landesweiten und bald auch branchenweiten Welle der Empörung. Die BBC musste sich entschuldigen, und die Vorstandsvorsitzende von NatWest, Dame Alison Rose, wurde zum Rücktritt gezwungen. Doch das reichte nicht aus, um all jene zu besänftigen, die sich schließlich der unverhältnismäßigen und weitgehend unrechtmäßigen und uneingeschränkten Macht bewusst wurden, die Banken über ihre Kunden ausüben können.

Wie die Financial Times berichtete: "Es warf weitergehende Fragen über die Fähigkeit der Banken auf, Konten ohne Erklärung zu schließen, wodurch sie oder ihre kleinen Unternehmen vom allgemeinen

Finanzsystem abgeschnitten werden. In einer zunehmend bargeldlosen Welt ist ein Bankkonto zu einer wesentlichen Dienstleistung geworden. David Davis, ehemaliger Brexit-Minister, vergleicht die Schließung eines Bankkontos mit der Abschaltung der Wasser- oder Stromzufuhr. "Man sollte in der Lage sein, ein Bankkonto zu bekommen, unabhängig von seinen politischen Ansichten, egal ob man ein Kommunist oder ein Faschist ist", meint er."

Die wichtigste Erkenntnis aus all dem ist jedoch nicht diese spezielle Geschichte selbst. Es wäre unklug, sie als Einzelfall zu betrachten oder als etwas, das nur Kontoinhaber betrifft, die einen hohen Bekanntheitsgrad oder ein großes Publikum haben.

Ganz im Gegenteil: Was bei Nigel Farage möglich ist, kann bei jedem passieren. Die Lektion, die wir lernen müssen, ist, dass die Bedrohung vom Bankensystem selbst ausgeht, und deshalb ist es wichtiger denn je, die eigene Finanzstruktur und den eigenen Finanzplan zu überdenken. Einen Teil Ihrer Ersparnisse außerhalb des Bankensystems und in physischen Edelmetallen aufzubewahren, ist der einzige zuverlässige Weg, um sich vor den Launen und Verfehlungen von Regierungen und Banken zu schützen.

© Claudio Grass
www.claudiograss.ch

Dieser Artikel wurde am 02.08.2023 auf [claudiograss.ch](http://www.claudiograss.ch) veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de
Die URL für diesen Artikel lautet:
<https://www.goldseiten.de/artikel/589363--Redefreiheit-und-Debanking.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).